

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per Email: wp-sekretariat@seco.admin.ch

Bern, 16. November 2018

Vernehmlassung:

Änderung des Kartellgesetzes als indirekter Gegenvorschlag zur Eidgenössischen Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)»

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die Schweiz ist eine Hochpreisinsel. Im Vergleich zu den umliegenden Ländern bezahlen Schweizer Konsumenten heute teils unverhältnismässig hohe Preise. Mit einem ungerechtfertigten «Schweiz-Aufschlag» auf die Preise, schöpfen ausländische Lieferanten die Kaufkraft in der Schweiz ab. Dies führt dazu, dass die sowieso schon hohen Produktionspreise in der Schweiz noch zusätzlich verteuert werden. Die CVP kämpft deshalb bereits seit Jahren für ein Ende der Diskriminierung von Schweizer Konsumenten. So hat sie zum Beispiel bei der Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips, bei den Zeitschriftenpreisen und bei der Zulassung von Parallelimporten bereits Verbesserungen erreicht, bzw. angestossen.

Indirekter Gegenvorschlag

Das Ziel des indirekten Gegenvorschlags ist es, mehr Unternehmen vor wettbewerbswidrigem Verhalten zu schützen. Dazu schlägt der Bundesrat eine begrenzte Einführung des Konzeptes der relativen Marktmacht vor. Diese liegt vor, wenn Unternehmen bei der Nachfrage einer Ware oder Leistung in einer Weise abhängig sind, dass keine ausreichenden und zumutbaren Ausweichmöglichkeiten bestehen. Dank dieser neuen Regelung kann sich zum Beispiel ein Unternehmen dagegen wehren, dass es gegenüber der in- oder ausländischen Konkurrenz ungerechtfertigt benachteiligt wird, indem es nur über interne Vertriebskanäle beliefert wird.

Mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Stop der Hochpreisinsel - für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)" wird die Diskriminierung von Schweizer Konsumenten vom Bundesrat anerkannt und aktiv bekämpft. Gleichzeitig mit der Unterstützung des indirekten Gegenvorschlags fordert die CVP, dass die Initiative zurückgezogen wird. In wie weit die relative Marktmacht im Inland einer Regelung bedarf, wird in der parlamentarischen Beratung vertieft geprüft werden müssen.

Motion Bischof

Der Bundesrat argumentiert im erläuternden Bericht, dass die Motion von CVP Ständerat Pirmin Bischof 16.3902 „Verbot von Knebelverträgen der Online-Buchungsplattformen gegen die Hotellerie“ durch den indirekten Gegenvorschlag umgesetzt ist. Er begründet dies damit, dass bei der Annahme der Motion im Parlament die Höhe der Vermittlungsprovision von Schweizer Hotels als das zu lösende Problem angesehen wurde. Der indirekte Gegenvorschlag würde den Schweizer Unternehmen tatsächlich ein Werkzeug geben, sich gegen solche Missbräuche zu wehren. Denn gehen mit einer allfälligen unterschiedlichen Behandlung in- und ausländischer Hotels Wettbewerbsverzerrungen zulasten der Schweizer Hotellerie einher, würde der Gegenvorschlag greifen. Doch entgegen der Interpretation des Bundesrats, fordert die Motion Bischof den Bundesrat auf, sogenannte (enge und weite) Preisparitätsklauseln in Verträgen zwischen Online-Buchungsplattformen und Hotels zu verbieten und nicht die Höhe der Vermittlungsprovision zu senken. Es geht dabei um eine Einschränkung der Hotels durch Buchungsplattformen. Die Motion ist aus Sicht der CVP somit nicht umgesetzt. Der Bundesrat wird aufgefordert, die Motion Bischof nicht im Rahmen des indirekten Gegenvorschlags umzusetzen, sondern eine separate und griffige Regelung vorzuschlagen.

Geoblocking

Der Bundesrat verzichtet – im Gegensatz zur Initiative – im indirekten Gegenvorschlag auf ein Verbot von Geoblocking. Für die CVP ist dies nicht nachvollziehbar. Das Verbot von Geoblocking wurde bereits mit zwei Motionen von CVP Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (16.3499 und 17.4227) gefordert. Der ungerechtfertigten Diskriminierung von Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten durch Geoblocking muss endlich ein Riegel geschoben werden. Die CVP fordert den Bundesrat auf, eine auf die internationalen Entwicklungen abgestimmte Lösung zu erarbeiten.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz